



Niederschrift

Europaausschuss

20. Wahlperiode – 10. Sitzung

am Mittwoch, dem 1. März 2023, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Malte Krüger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Vorsitzender
Patrick Pender (CDU), in Vertretung von Hauke Göttsch
Rasmus Vöge (CDU)
Andrea Tschacher (CDU), in Vertretung von Uta Wentzel
Eka von Kalben (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Birte Pauls (SPD)
Marc Timmer (SPD)
Dr. Heiner Garg (FDP)
Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Weitere Abgeordnete

Dirk Kock-Rohwer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fehlende Abgeordnete

Volker Nielsen (CDU)
Seyran Papo (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Gespräch anlässlich des fortdauernden Krieges in der Ukraine	4
	Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Umdruck 20/829	
	Antrag des Abgeordneten Marc Timmer (SPD) Umdruck 20/854	
2.	Austausch mit der IHK Schleswig-Holstein zur wirtschaftlichen Vernetzung in Europa	12
	Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Umdruck 20/739	
3.	Sachstand zur Minority Safepack Initiative (MSPI) auf europäischer Ebene	15
	Antrag der Abgeordneten Birte Pauls (SPD) Umdruck 20/939	
4.	Bericht der Landesregierung über das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für das Jahr 2023	17
	Bericht der Landesregierung Drucksache 20/570	
5.	Vorbereitung der Informationsreise nach Brüssel (7. – 9. März 2023)	18
6.	Information/Kenntnisnahme	19
7.	Verschiedenes	20

Der Vorsitzende, Abgeordneter Krüger, eröffnet die Sitzung um 10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

1. Gespräch anlässlich des fortdauernden Krieges in der Ukraine

Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Umdruck 20/829](#)

Antrag des Abgeordneten Marc Timmer (SPD)
[Umdruck 20/854](#)

Der Vorsitzende begrüßt für die Deutsch-Ukrainische Gesellschaft Frau Laufer und Herrn Laufer und für das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg Herrn Dr. Cornelius Friesendorf, Leiter des Zentrums für OSZE-Forschung (CORE).

Der Vorsitzende stellt fest, dass die ebenfalls eingeladenen Gäste – Flottenadmiral Rackwitz und das Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel), nicht anwesend sein können. Er schlägt vor, dass auch Herr Koopmann von der IHK Schleswig-Holstein sich äußern dürfen sollte. Die Ausschussmitglieder zeigen sich einverstanden.

Abgeordneter Timmer äußert sich zu seinem Antrag [Umdruck 20/854](#) dahin gehend, dass drei bereits über den heutigen Termin informierte Organisationen nicht eingeladen worden seien und regt an, auch ein Gespräch zum zivilgesellschaftlichen Aspekt anlässlich des fortdauernden Krieges in der Ukraine nachzuholen. Einstimmig erklärt sich der Ausschuss mit diesem Vorschlag einverstanden und bittet darum, das entsprechende Gespräch für die kommende Sitzung vorzusehen.

Frau Laufer von der Deutsch-Ukrainischen Gesellschaft (DUG Kiel) berichtet über deren Arbeit. Die Gesellschaft sei 1966 von Ukrainern und Deutschen als Bindeglied zur Ukraine gegründet worden. Ihre Arbeit bestehe darin, Kontakte zu politischen Akteuren in der Ukraine zu knüpfen. Diese Arbeit habe sich in den Jahren seit 2014, nach der russischen Annexion der Krim, und noch einmal mit Beginn des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine 2022 intensiviert. So sei es möglich, Hilfslieferungen an geeignete Stellen in der Ukraine zu senden. Zudem habe die DUG seit 2014 insgesamt circa 100 Jugendliche zu Schülerinnen- und Schüleraustauschen nach Schleswig-Holstein eingeladen.

Für sie seien die Initiativen seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine zu einem „Vollzeitjob“ geworden. Dazu trügen eine Kooperation mit dem DGB Kiel in Form von Hilfsgütertransporten in die Ukraine sowie die Unterstützung ukrainischer Flüchtlinge in Kiel und im Kreis Plön bei. Zusammen mit dem Bundesarchiv habe die DUG ein Projekt zur Rettung ukrainischer Archivbestände durchgeführt.

Frau Laufer betont, dass alle Projekte auf finanzielle Unterstützung angewiesen seien, solange der Krieg andauere, aber auch nach Kriegsende sein würden, da viel in den Wiederaufbau investiert werden müsste. Sie fordere die Politik auf, das Amt eines Beauftragten für die Ukrainehilfe zu schaffen. Ein weiteres Anliegen der DUG bestehe darin, dass DaZ-Zentren (Deutsch als Zweitsprache) eingerichtet würden, die es Flüchtlingskindern ermöglichen, Deutschkenntnisse zu erlangen, um im Gymnasium beschult zu werden. Daneben betont Frau Laufer, es sei wichtig, deutsch-ukrainische Städtepartnerschaften aufzubauen, beispielsweise zwischen Cherson und Kiel.

Abgeordneter Vöge äußert im Namen der CDU-Fraktion, er nehme die Forderungen mit, um sie in der Koalition weiter zu besprechen.

Abgeordnete von Kalben stellt fest, dass die Hilfsbereitschaft in der Gesellschaft etwas ermüde, ebenso der Elan vieler Flüchtlinge, Deutsch zu lernen. Sie fragt nach, welcher Hilfestellungen es gegebenenfalls bedürfe. Die Abgeordnete schildert ihren Eindruck, dass die Menschen in Schleswig-Holstein zunehmend für Friedensverhandlungen einträten, um ein Ende des Krieges herbeizuführen.

Herr Laufer führt aus, dass ein Krieg für alle Beteiligten zermürend und es trotzdem wichtig sei, die Zuversicht zu behalten. Er werbe für einen pragmatischeren Umgang mit Standards, die es in Deutschland etwa hinsichtlich des Betreuungsschlüssels in Kitas gebe. Beispielsweise sollten auch Spielgruppen erlaubt werden, die von Ehrenamtlichen mit ukrainischem Hintergrund begleitet würden, unabhängig davon, ob sie vom Fach seien, regt Herr Laufer an. Außerdem könne es ein zusätzlicher Anreiz für potenzielle private Spenderinnen und Spender sein, wenn das Land für jeden privat gespendeten Euro in gleicher Höhe Geld bereitstelle. Er versichert, die DUG habe in der Ukraine Vertrauensleute, die sicherstellten, dass die Hilfe ankomme, wo sie gebraucht werde. Was die Ermüdung anbelange, die auch er unter Geflüchteten wahrnehme, könne die Arbeit der DUG auch mit Hilfe der Kirchen und anderer, schon länger in Deutschland lebender Ukrainerinnen und Ukrainer lindernd wirken.

Frau Laufer fügt hinzu, die Organisation Brücke Schleswig-Holstein biete eine psychologische Betreuung an.

Abgeordnete Waldinger-Thiering hebt hervor, es sei wichtig, dass die Leute in ihrer Hilfsbereitschaft nicht ermüdeten. Sie fragt, ob die Arbeit der DUG noch ehrenamtlich zu leisten sei oder größere Ausgaben dafür getätigt werden müssten. Sie halte die Idee zur Einrichtung eines oder einer Beauftragten für Ukrainehilfe als Anlaufstelle für Betroffene für sinnvoll.

Herr Laufer betont, seine Frau und er bemühten sich, da der Krieg niederdrückend wirke, dennoch in ein positives Handeln zu kommen. Den Eheleuten gehe es finanziell gut und sie benötigten in der Hinsicht nichts, freuten sich aber über alles, was der Ukraine hülfe. Auch sie spendeten – insbesondere ihre Zeit.

Frau Laufer fügt hinzu, dass weniger Spendengeld auf dem Konto ankomme, die Spendenbereitschaft ansonsten weiterhin sehr gut sei. Sie erinnert daran, dass auf dem Blücherplatz in Kiel jeden Dienstag und Samstag ein Anhänger stehe, den die Menschen mit Hilfsgütern befüllten.

Abgeordnete von Kalben äußert, sie begrüße die Idee, mehr DaZ an Gymnasien anzubieten, wengleich anzumerken sei, dass Kinder mit Gymnasialempfehlung auch an Gemeinschaftsschulen gut beschult würden. Die Generalkonsulin habe häufig und ausdrücklich den Wunsch geäußert, dass die Kinder doppelt beschult würden, doch handele es sich um eine Überforderung, wenn die Kinder abends noch Digitalunterricht mit ukrainischen Lehrerinnen und Lehrern hätten. Abgeordnete von Kalben bittet um Frau Laufers Einschätzung zu diesem Thema.

Frau Laufer meint, dass eine Klasse mit ausschließlich ukrainischen Schülerinnen und Schülern von einer Doppelbeschulung insoweit profitieren könne, als die Kinder sich untereinander austauschten und anfreundeten.

Abgeordnete Waldinger-Thiering spricht sich ebenfalls für DaZ-Zentren am Gymnasium sowie an Gemeinschaftsschulen aus. Diese sollten auch anderen Geflüchteten zur Verfügung stehen, sodass alle gleichermaßen die Chance hätten, den ihnen jeweils möglichen Schulabschluss zu erlangen. Die Bildungsministerin habe in einem Drei-Phasen-Plan vorgestellt, dass

ukrainische Lehrkräfte nach einer Vor- und Nachbereitung, Fort- und Weiterbildung anschließend im deutschen System arbeiten könnten. Sie begrüße dies, so die Abgeordnete, denn es sei unentbehrlich, dass Schülerinnen und Schüler ihre eigene Sprache weiterhin sprechen dürften. Sie spreche sich für eine Entbürokratisierung von Schulbegleitung durch ukrainische Mütter aus, da traumatisierten Kindern so am besten geholfen werden könnte.

Auf eine Frage des Abgeordneten Timmer zur Integration Geflüchteter aus der Ukraine in den Arbeitsmarkt antwortet Frau Laufer, viele Geflüchtete arbeiteten unter ihrem Qualifikationsniveau. Ihre in der Ukraine erworbenen Bildungsabschlüsse würden nicht immer anerkannt. Hinzu kämen sprachliche Differenzen. Zum Beispiel sei ihr bekannt, dass eine ukrainische Anwältin in Schleswig-Holstein als Putzfrau arbeite.

Abgeordneter Timmer gibt seinen Eindruck wieder, rund zwei Drittel der Geflüchteten hätten fest vor, in die Ukraine zurückzukehren. Wer Deutsch könne, fasse sicherlich schneller beruflich Fuß. Als Beispiel nennt er den Einsatz ukrainischer Pflegekräfte im UKSH. Er stimmt zu, dass es hilfreich wäre, würden Abschlüsse besser und schneller anerkannt, zumal das Bildungsniveau vieler Betroffener hoch sei. – Abgeordnete Pauls schließt sich dem an, weist aber darauf hin, dass die Anerkennung der Bildungsabschlüsse auch von personellen Kapazitäten abhängen.

Frau Laufer antwortet auf eine Frage der Abgeordneten Pauls zur Qualität der Gesundheitsversorgung, in dieser Hinsicht gebe es keine Probleme. Die Schwierigkeit betreffe eher ukrainische Soldatinnen und Soldaten, die in Deutschland versorgt würden, in die Ukraine zurückkehrten, aber, sobald eine Kur oder Nachsorge vorgesehen sei, bürokratischen Schwierigkeiten begegneten.

* * *

Herr Dr. Friesendorf vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg (IFSH) schildert nach einer kurzen Übersicht über die Forschungsbereiche des Instituts die Möglichkeiten, die es aus seiner Sicht für Frieden in der Ukraine gebe. Er schätze er die Chancen auf Friedensverhandlungen oder einen Waffenstillstand als schlecht ein.

Erstens könne es unter bestimmten Bedingungen Friedensverhandlungen geben, wenn eine Seite militärisch gewinne und der anderen Seite einen Diktatfrieden aufzwingen. Ein Sieg Russlands oder der Ukraine sei indessen unwahrscheinlich.

Eine zweite Möglichkeit sei, wenn internationale Akteure einen Frieden erzwingen. Dies sei schwer gegen die Atommacht Russland möglich.

Die dritte Möglichkeit sei eine militärische Pattsituation, bei der die Kosten weiterzukämpfen für beide Seiten höher als die Kosten seien, miteinander zu verhandeln. Ein solcher Patt sei noch nicht erkennbar. Beide Seiten seien optimistisch, die Sache für sich entscheiden zu können. Dabei spielten für die Ukraine westliche Waffenlieferungen und Finanzhilfen eine große Rolle. Die Kampfmoral sei aufseiten der Ukraine trotz großer Erschöpfung weiterhin sehr hoch. Die Ukraine verfüge seit 2014 über viel Kampferfahrung und verfüge teilweise, auch aufgrund der Unterstützung der NATO, über bessere Führung.

Russland sei optimistisch, da es über mehr Waffen und Soldaten verfüge. Zumindest in den Anfängen sei die Umstellung des Landes auf eine Kriegswirtschaft erkennbar. Russland hoffe, dass angesichts eines langen Krieges die westliche Unterstützung für die Ukraine schwinden werde. In diesem Zusammenhang hoffe Russland auf die US-Präsidentenwahlen.

Russland hoffe auch auf Waffenlieferungen anderer Staaten, etwa aus China, die die Situation zu seinen Gunsten verbessern könnten. Sozusagen als Vorteil erweise sich, dass Russland als Autokratie eigene Opferzahlen, die enorm hoch seien, ignorieren könne. Es verfüge zudem über die Möglichkeit atomarer Eskalation.

Herr Dr. Friesendorf konstatiert, dass die Ukraine den Krieg ohne westliche Waffenlieferungen nicht überstehen könne. Appelle, Petitionen und Manifeste für den Frieden seien zwar wichtig, griffen jedoch teilweise zu kurz. Wann immer sich Möglichkeiten böten, zwischen den Kriegsparteien zu vermitteln, sollten sie genutzt werden, so Herr Dr. Friesendorf.

Schon jetzt seien punktuelle Kooperationen wie das Getreideabkommen oder Gefangenenaustausche zu sehen. Weitere Optionen, die auch besprochen worden seien, seien Sicherheitszonen um Atomkraftwerke oder humanitäre Einrichtungen. Für Deutschland sei auch

wichtig dazu beizutragen, das Risiko einer nicht gewollten Eskalation zu verhindern. Dies bedeute, Dialogkanäle zu Russland offenzuhalten. Bilaterale Gespräche, etwa hinsichtlich direkter militärischer Kontakte zwischen den USA und Russland, hätten sich auch schon in Syrien bewährt. Dies gelte auch für Telefonate zwischen dem Bundeskanzler und Präsident Putin.

Es sei wichtig abzuwägen, ob es klug sei, Russland aus internationalen Organisationen auszuschließen. Das verschließe mögliche spätere Dialogkanäle. Herr Dr. Friesendorf führt aus, es brauche gesellschaftliche Kontakte zu Russland, um eine Chance für den langfristigen Wandel zu haben. Hier könnten Lehren aus dem Kalten Krieg gezogen werden, in dem es zum Beispiel Wissenschaftskontakte gegeben habe, die zur nuklearen Rüstungskontrolle beigetragen hätten. Diese Kontakte seien vor einem Jahr zum Großteil gekappt worden.

Herr Dr. Friesendorf äußert die Einschätzung, dass die Forderung eines Sieges gegen Russland, die in verschiedenen Reden immer wieder erhoben werde, rhetorisch der Propaganda des Kremels nütze. Ängste vor dem nationalen Verfall Russlands und ein Narrativ von der Kränkung durch den Westen innerhalb der russischen Gesellschaft würden gestärkt. In diesem Sinne ordnet Herr Dr. Friesendorf auch Forderungen nach Kriegsverbrechertribunalen, Zwangsreparationen oder weiteren Sanktionen ein.

Das oberste Ziel des Kremels sei die Stabilität des Regimes. Signale an Putin sollten daher zeigen, so die weiteren Ausführungen des Redners, dass er seine Maximalziele nicht erreichen könne, ohne diese Stabilität zu gefährden. Für westliche Staaten könne das bedeuten, dass Druck auf die Ukraine im Hinblick auf Verhandlungsbereitschaft ausgeübt werden müsse. Dies solle laut Herrn Dr. Friesendorf nicht öffentlich erfolgen, damit der ukrainische Präsident sein Gesicht wahren könne. Indessen empfehle er, der ukrainischen Seite zu kommunizieren, dass Vorbedingungen für Verhandlungen problematisch seien.

Herr Dr. Friesendorf stellt eine Bereitschaft für Übergangslösungen beispielsweise für die Krim mit anschließendem Referendum als nötig heraus. Dies sei schon Teil der Istanbulen Verhandlungen im Frühling 2022 gewesen. Es sei hier wichtig zu berücksichtigen, dass die Interessen westlicher Staaten und die der Ukraine nicht deckungsgleich seien. Die Ukraine wolle eine möglichst große Beteiligung der NATO, während für die USA oberstes Primat sei, nicht direkt zur Kriegspartei zu werden. Für den Westen seien die Kosten eines langen Krieges extrem

hoch hinsichtlich Waffenlieferungen, aber auch einer Unterstützung der ukrainischen Wirtschaft. Vonseiten US-amerikanischer Think-Tanks seien Überlegungen auszumachen, wie ein langer Krieg verhindert werden könnte.

Abgeordneter Dr. Garg fragt, wie punktuelle Kooperationen wie das Getreideabkommen oder auch Schutzzonen um die Atomkraftwerke funktionierten und wie stabil sie seien.

Herr Dr. Friesendorf betont, es gebe keine Verhandlungslösungen für AKW, da kein russisches Interesse an einer Verhandlungslösung bestehe. Deshalb sollten Themen identifiziert werden, bei denen es gemeinsame Interessen gebe. Diese sehe er bei Getreideabkommen und Gefangenenaustauschen. Er sehe nicht, dass aus kleinen Kooperationen ein Friedensvertrag entstehen könne. Hinsichtlich eines Drucks auf die Ukraine, in Friedensverhandlungen einzutreten, betont Dr. Friesendorf dass dieser nur vertraulich ausgeübt werden dürfe, da Russland es sich andernfalls zunutze machte und versuchte, einen Keil zwischen westliche Staaten zu treiben. Ein entsprechendes Vorgehen sei seit zehn Jahren zu beobachten. Herr Dr. Friesendorf fährt fort die Einigkeit zwischen EU, NATO und den westlichen Staaten insgesamt sei sehr wichtig. Verhandlungen begönnen im besten Fall ohne Vorbedingungen und sollten ergebnisoffen.

Auf eine Frage des Abgeordneten Dr. Garg erwidert Herr Dr. Friesendorf, ob Russland einen Friedensvertrag dazu nutzen könnte, Zeit für einen erneuten Angriff, etwa auch auf andere Staaten, zu gewinnen, hänge davon ab, wie stark der russische Revisionismus zukünftig vorherrschen werde. Deutschland gehe mit Polen und den baltischen Staaten davon aus, dass gegen Russland nur Druck helfe. Dagegen, dass sich die russischen Vertreter gekränkt fühlten, wie Forschungen zeigten, helfe jedoch wahrscheinlich eher Dialog. Die Ziele des Kremls lägen vermutlich in einer Mischung aus einem Kosten-Nutzen-Kalkül und historisch bedingten Ressentiments.

Der Beobachtung der Abgeordneten Eka von Kalben, dass der Mittelweg mit Russland das Gespräch zu suchen, ggf. auch Sanktionen zurückzunehmen, wenn der Kreml Zugeständnisse mache, und gleichzeitig Einigkeit zu demonstrieren.

Birte Pauls (SPD) fragt danach, was es mit der russischen Gesellschaft mache, dass die zivilgesellschaftlichen Kontakte von Deutschland und besonders Schleswig-Holstein zu Russland

inzwischen gekappt seien. Auf diese Frage hin äußert Dr. Friesendorf, dass es ein Grundprinzip der Diplomatie sei es, Dinge zu kompartimentalisieren, das heiÙe, mit Russland über Themen wie den Klimawandel zu reden oder über den chinesischen Einfluss in Zentralasien, aber gleichzeitig Waffen an die Ukraine zu liefern. Hinsichtlich der zivilgesellschaftlichen Kommunikation mit russischen Akteuren verweist Dr. Friesendorf an andere Experten, die sich damit besser auskennen. Dr. Friesendorf erachtet es aber als problematisch, dass gesellschaftliche Kontakte zu Russland gekappt würden. Denn, es gehe darum, mittel- und langfristig die Möglichkeit auf Veränderung offen zu halten.

Frau Laufer stellt die Frage, wie mit russischen Sportlern bei der anstehenden Olympiade umgegangen werden solle, da viele russische Sportler aus den Reihen der Armee kämen. Für Dr. Friesendorf ist diese Frage nicht leicht zu beantworten. Viele Sportler befänden sich gewiss in einem Naheverhältnis zum russischen Staat. Es sei für Sportler jedoch auch unumgänglich in den regierungsnahen Organisationen zu sein, um überhaupt nominiert zu werden. Bei im Ausland stattfindenden Wettkämpfen gebe es für sie die Möglichkeit, mit anderen Sportlerinnen und Sportlern in Kontakt zu kommen und damit auch mit einer anderen Weltsicht als jener, die in den russischen Medien verbreitet werde.

Malte Krüger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fragt danach, ob die Widerstandskraft der Ukrainer gegen Russland erstaunt oder ob sie zu erwarten gewesen sei. Beeinflusse die oft konstatierte Korruption in der russischen Kriegswirtschaft die Kampfkraft der russischen Soldaten? Dr. Friesendorf äußert hierzu, dass für die Ukrainer der Krieg überlebenswichtig sei. Das stärke ihre Kampfkraft. Die Korruption auf russischer Seite habe sich verbessert.

Rasmus Vöge (CDU) fragt, wie die Sanktionen wirken. Dr. Friesendorf verweist hier auf Kollegen, die darüber besser Bescheid wüssten. Russland scheine es jedoch geschafft zu haben zu Diversifizieren und einige Effekte abzumildern, was darauf hindeute, dass der Krieg schon über Jahre vorbereitet worden sei.

Frau Laufer weist abschließend darauf hin, dass Russland seit dem zweiten Weltkrieg immer ein Kriegsstaat gewesen sei. Sie selbst habe in der Sowjetunion viel Kriegspropaganda miterlebt, eine Propaganda die in Russland immer weiter fortbestanden habe.

2. Austausch mit der IHK Schleswig-Holstein zur wirtschaftlichen Vernetzung in Europa

Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Umdruck 20/739](#)

Herr Koopmann, der die Federführung international bei der IHK Schleswig-Holstein innehat, geht einleitend darauf ein, dass angesichts zahlreicher Krisen in der Welt besonders wichtig sei, bei den Unternehmen weiter um Unterstützung für die Ukraine zu werben und deutlich zu machen, dass der Krieg dort noch längere Zeit andauern werde. Die IHK leiste seit Frühjahr 2022 einen Beitrag dazu, Geflüchteten aus der Ukraine zu Arbeit zu verhelfen. Unternehmen, die interessiert daran seien, Geflüchtete einzustellen, seien den Arbeitsagenturen gemeldet worden. Die Vermittlung stoße an ihre Grenzen, da die Menschen Zeit bräuchten anzukommen und es an Infrastruktur mangle.

Mit der nötigen Vorbereitung sei die IHK erfolgreich bei der Fachkräftegewinnung aus dem Ausland. Sie nehme die Menschen „an die Hand“ und begleite ihren Weg in Arbeit in Schleswig-Holstein. Herr Koopmann nennt die vom Bund geförderten Programme „Hand in Hand“ und „Team“, die allerdings so angelegt seien, dass die Menschen sich in Vollzeit auf das Programm konzentrierten und sich nicht parallel um Angehörige kümmern könnten. Mit dieser Aufgabe sehen sich jedoch viele Geflüchtete aus der Ukraine konfrontiert.

Von Abgeordnetem Vöge nach der Wirksamkeit von Sanktionen gegen Russland gefragt, stellt Herr Koopmann fest, dass es ihn erstaune, wie die russische Seite immer wieder „durchkomme“. Der starke Anstieg der Energiepreise sei so nicht erwartbar gewesen. Dies ver helfe Russland zu viel Geld, das in den Krieg in der Ukraine investiert werde. Für Schleswig-Holstein stellt Herr Koopmann fest, die Relationen zu Russland hätten sich völlig verändert, etwa im Hinblick auf Handelsvolumina.

Im Jahr 2022 habe Schleswig-Holstein etwa 60 Prozent des Exportvolumens vom Jahr 2021 gegenüber Russland verzeichnet. Ab dem zweiten Halbjahr 2021 bis zum Angriff gegen die Ukraine habe Russland sich mit Gütern aus Europa und anderen Ländern gründlich versorgt und so, vermutet Herr Koopmann, die eigenen Pläne vorbereitet. In Schleswig-Holstein lasse sich das für die Bereiche Chemie und Pharmazie feststellen, in denen es besonders im Dezember 2021 und Januar 2022 enorme Exportvolumina gen Russland gegeben habe.

Auf eine Frage der Abgeordneten Pauls nach der Anerkennung von Berufen führt Herr Koopmann aus, dass die IHK mit der FOSA in Nürnberg eine Kooperation gebildet habe, die die Anerkennung ausländischer Abschlüsse aus dem nicht akademischen Bereich durchführe. Dies funktioniere aber nicht, wo ausländische Fachkräfte auch Kurse an einer Hochschule besucht hätten.

Auf eine Frage der Abgeordneten von Kalben, wie die Erfahrungen mit Sprachkursen seien, antwortet Herr Koopmann, dass es insgesamt zu wenig Sprachkurse gebe. Oft wüssten Fachkräfte schon, wo sie arbeiten könnten, der nächste Sprachkurs beginne aber erst später. Ein Problem stellten die Hürden für Sprachlehrkräfte dar, die nach wie vor ein zweites Staatsexamen in Deutsch bräuchten, um Geflüchtete in Deutsch unterrichten zu dürfen.

Abgeordnete Waldinger-Thiering fragt, welche Lieferketten für Schleswig-Holstein durch den Ukraine-Krieg unterbrochen worden seien. – Herr Koopmann führt aus, dass vor allem die Bauindustrie sowie die Landwirtschaft aufgrund fehlenden Kunstdüngers betroffen seien. Auch habe es an Getreide gefehlt. In Schleswig-Holstein gebe es einige größere Getreideverarbeiter, die bis zum Ausbruch des Krieges große Mengen aus der Ukraine bezogen hätten.

Von Abgeordnetem Vöge nach den russischen Außenhandelspartnern befragt, erklärt Herr Koopmann, dass die Russische Föderation teilweise knapp unter den TOP 20 der schleswig-holsteinischen Wirtschaftspartner gewesen sei. Die wesentlichen Güter seien aus den Bereichen Medizintechnik, Flurförderfahrzeuge, wie Gabelstapler sowie Produkten aus der Chemie und Pharmazie gekommen. Das Volumen sei allerdings insgesamt nicht sehr groß gewesen. Nachdem Sanktionen beschlossen gewesen seien, sei in den ersten Monaten das Volumen im Wesentlichen aufgrund sehr komplizierter Vorschriften geschrumpft. Das Bundesamt für Ausfuhrkontrolle (BAFA) und der Zoll hätten sich nicht genügend miteinander abgestimmt, sodass Waren, die das BAFA zur Ausfuhr genehmigt habe, vom Zoll zurückgehalten worden seien.

Auf eine weitere Frage des Abgeordneten Vöge antwortet Herr Koopmann, dass unter den russischen Handelspartnern China der größte Importeur gewesen sei. Durch den Angriffskrieg und die Inflation sei es 2022 zu deutlichen Teuerungen bei Importen gegenüber dem Vorjahr gekommen. Daneben sei deutlich mehr Energie aus Norwegen hinzugekauft worden. Weitere wichtige Im- und Exportpartner seien die USA, Frankreich, Italien, die Niederlande, Schweden und Dänemark. Aus Dänemark seien die größte Zuwächse bei Import und Export erkennbar.

Bisher vorliegende Zahlen ließen nicht erkennen, dass Umwegexporte nach Russland, etwa über die Türkei, Armenien oder Kasachstan erfolgt wären.

Herr Koopmann führt aus, dass bei Unternehmen die Frage verstärkt auftrete, ob bestimmte Güter nicht doch auch in Europa produziert werden könnten, Stichwort: Nearshoring. Es gehe darum, der Lieferkettenproblematik weniger ausgesetzt zu sein, die aus der hauptsächlichen Produktion von Gütern in Asien erwachse (Farshoring). Es handele sich um eine wichtige Phase dahin gehend, dass Europa eine gewichtige Rolle bei den Verschiebungen, die jetzt weltweit anstünden, einnehme.

Herr Koopmann fügt hinzu, dass es für herkömmliche Handwerker aufgrund bürokratischer Hürden in der Europäischen Union enorm schwierig sei, ihre Gewerke grenzüberschreitend anzubieten.

Abgeordnete Waldinger-Thiering bittet darum, für eine der nächsten Sitzungen einen Tagespunkt zu den Auswirkungen des neuen Nordirland-Abkommens zwischen Großbritannien und der EU auf Schleswig-Holstein vorzusehen und Herrn Koopmann erneut dazu einzuladen.

Der Ausschuss verständigt sich darauf, und Herr Koopmann erklärt seine Bereitschaft entsprechend zu berichten.

3. Sachstand zur Minority Safepack Initiative (MSPI) auf europäischer Ebene

Antrag der Abgeordneten Birte Pauls (SPD)
[Umdruck 20/939](#)

Abgeordnete Pauls begründet ihren Antrag, [Umdruck 20/939](#), damit, dass die Minority Safepack Initiative (MSPI) immer wieder Thema im Ausschuss gewesen sei. Am 17. Februar 2023 sei sie zum Thema „Beitritt des Landes Schleswig-Holstein als Streithelfer für die MSPI“ angeschrieben worden. Die SPD-Fraktion bitte um Auskunft, inwiefern das Land dem nachgekommen sei.

Herr Callsen, Minderheitenbeauftragter des Landes Schleswig-Holstein, führt aus, dass die Europäische Kommission am 14. Januar 2021 beschlossen habe, keine Rechtsakte auf Grundlage der Vorschläge der MSPI zu erlassen. Dagegen habe am 24. März 2021 das Bürgerkomitee der MSPI bei der EU einen Antrag auf Nichtigerklärung der Entscheidung der Kommission eingereicht.

Das Gericht der EU habe am 9. November 2022 entschieden, dass die Maßnahmen, die die EU bereits ergriffen habe, um die Bedeutung der Regional- und Minderheitensprachen hervorzuheben und die kulturelle und sprachliche Vielfalt zu fördern, ausreichten, um die Ziele der Initiative zu erreichen. Alle drei Klagegründe des Bürgerkomitees der MSPI seien von dem Gericht zurückgewiesen worden. Diese seien: Verstoß der EU-Kommission gegen die Begründungspflicht der Entscheidung, Rechts- und Beurteilungsfehler der EU-Kommission sowie ein Verstoß gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung der MSPI gegenüber anderen europäischen Bürgerinitiativen. Nach einer juristischen Prüfung habe das Bürgerkomitee der MSPI am 23. Januar 2023 ein Rechtsmittelverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof angestrengt.

Im Februar 2023 habe Lorànt Vincze, Präsident der FUEN, sich an den Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein beziehungsweise ihn selbst als Minderheitenbeauftragten, so Herr Callsen, gewandt, mit dem Anliegen, das Land Schleswig-Holstein möge als Streithelfer in das Rechtsmittelverfahren der MSPI beim EuGH eintreten. Bei der Bewertung sei wichtig, dass die außenpolitische Vertretung Deutschlands nach Artikel 73 Grundgesetz bei der Bundesregierung liege. Die Länder hätten daneben in einzelnen Bereichen außenpolitische Kon-

takte, gerade in ihrem Verhältnis zu EU und ihren Organen. Eine enge außenpolitische Abstimmung mit der Bundesregierung sei hier angeraten, da sie federführend zuständig sei. Das auf Bundesebene zuständige Bundesinnenministerium halte an seiner Position fest, dass sich der Bund nicht formal auf EU-Ebene positionieren werde. Stattdessen solle versucht werden, die inhaltlichen Anliegen der MSPI zu befördern.

Die Landesregierung werde die inhaltlichen Anliegen der MSPI auf europäischer Ebene politisch weiter unterstützen. Er selbst bereite beispielsweise gerade eine Initiative vor, um bei der EU-Kommission beziehungsweise deren Generaldirektion Bildung, Jugend, Sport und Kultur für die Einrichtung einer Institution zur Förderung der Sprachenvielfalt in der Union zu werben. Es gehe um das Ziel „Muttersprache plus zwei“. Verfolgt würden Positionen der FUEN, die sie im Stakeholder-Dialog zur Stärkung des grenzüberschreitenden Zugangs zu audiovisuellen Formaten formuliert habe, und es werde dabei auch der Dialog mit Interessenvertretern aus der Film- und Rundfunkindustrie und den Verbänden der Zivilgesellschaft verfolgt. Die Belange der MSPI würden inhaltlich unterstützt. Herr Callsen äußert sich zuversichtlich, dass bei der auswärtigen Sitzung des Kabinetts in Brüssel Ende dieses Monats diese Themen angesprochen und für die MSPI geworben würde.

4. Bericht der Landesregierung über das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für das Jahr 2023

Bericht der Landesregierung
[Drucksache 20/570](#)

(überwiesen am 27. Januar 2023)

Der Vorsitzende erklärt, Minister Schwarz werde aufgrund der gerade stattfindenden EMK in Brüssel von Europastaatssekretärin Bennet-Sturies vertreten. Die europapolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen hätten gemeinsam mit dem Landtagsdirektor und der Landesregierung in einer Koordinierungssitzung die europapolitischen Schwerpunkte, die für Schleswig-Holstein besonders relevant seien, identifiziert. Es seien 22 Ziele und Initiativen als Schwerpunkte benannt worden. Diese seien als Übersicht am 20. Februar 2022 verschickt worden. Er stelle fest, dass noch kein interfraktioneller Antrag vorliege, mit dem in der Vergangenheit die Landesregierung aufgefordert worden sei, die herausgearbeiteten Punkte im Interesse Schleswig-Holsteins zu vertreten.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, dem Landtag zu empfehlen, den Bericht der Landesregierung, [Drucksache 20/570](#), zur Kenntnis zu nehmen.

5. Vorbereitung der Informationsreise nach Brüssel (7. – 9. März 2023)

Herr Diedrichsen, Leiter der Vertretung des Schleswig-Holsteinischen Landtags bei der Europäischen Union in Brüssel, stellt das Programm der für den 7. bis 9. März 2023 geplanten Informationsreise nach Brüssel vor.

6. Information/Kennntnisnahme

[Umdruck 20/805](#) – Sprechzettel der Europastaatssekretärin zu TOP 2 der 7. Sitzung
(Rolle der EMK)

Der Ausschuss nimmt den [Umdruck 20/805](#) zur Kenntnis.

7. Verschiedenes

Für die Sitzung am 5. April 2023 kommen die Ausschussmitglieder überein, im Rahmen der Vorstellung der Europaprofessuren der Europauniversität Flensburg möglichst auch über ein aktuelles Gutachten zur Vereinbarkeit von Kontrollen an der deutsch-dänischen Grenze mit dem Unionsrecht (Mangold/Kompatscher 2023) zu sprechen. In die Sitzung ist auch die Schengen-Sprecherin des Ausschusses der Regionen, Frau Grotheer, für ein Gespräch zum Thema Grenzkontrollen eingeladen.

Der Ausschuss verständigt sich darauf, das Auswärtige Amt zur Beratung zum Thema China-Beziehungen, [Drucksache 20/411](#) und [Drucksache 20/550](#), in eine Sitzung einzuladen.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Krüger, schließt die Sitzung um 12:10 Uhr.

gez. Malte Krüger
Vorsitzender

gez. Svenja Reinke-Borsdorf
Geschäfts- und Protokollführerin